

Satzung über die Festsetzung der Parkgebühren für das Parken auf öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt Ulm (Parkgebührensatzung)

vom 13. Oktober 2021

Auf Grund § 4 der Gemeindeverordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 02. Dezember 2020, sowie § 2 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) in der Fassung vom 17. März 2005, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020, und § 6 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG) in der Fassung vom 05. März 2003, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. April 2021, hat der Gemeinderat der Stadt Ulm am 13. Oktober 2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

(1) Die Gebühren für das Parken an Parkscheinautomaten auf öffentlichen Straßen und Plätzen der Stadt betragen in der einheitlichen Parkgebührenzone:

50 Cent für die ersten	12 Minuten (Mindestparkzeit)
10 Cent je angefangene weitere	2,4 Minuten bis zur jeweiligen Höchstparkdauer

die Parkscheinautomaten runden entsprechend auf.

(2) Das Parken an Parkscheinautomaten ist werktags

von 9:00 - 20:00 Uhr (bis 31.08.2022)

von 9:00 - 22:00 Uhr (ab 01.09.2022)

gebührenpflichtig.

(3) Die Höchstparkdauer beträgt zwei Stunden. Die Verwaltung wird ermächtigt, nach sachlichem Ermessen, die Höchstparkdauer zu verringern. Die jeweilige Höchstparkdauer und der sich daraus ergebende Höchstbetrag sind am jeweiligen Parkscheinautomaten angebracht.

(4) Auf Park & Ride Parkplätzen kann der zu zahlende Höchstbetrag und die Höchstparkdauer abweichend geregelt werden.

(5) Die Parkscheinplicht und Höchstparkdauer gilt fortan auch für Parkplätze, an denen E-Automobile geladen werden können, wenn diese Parkplätze in einem Straßenabschnitt liegen, der mittels Parkscheinautomat bewirtschaftet wird.

§ 2

Die Satzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 23. Juni 2021 außer Kraft.

Ulm, 13. Oktober 2021

Gunter Czisch
Oberbürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ulm geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Tag der Veröffentlichung: 14.10.2021